

**Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates  
vom 01.10.2020**

**Anwesend:**

**(stimmberechtigte)**

Hebich, Martin	Oberbürgermeister
Baldauf, Christian	CDU
Baqué, Manuel	CDU
Baqué, Verena	CDU
Bindert, Gabriele	CDU
Bürkle, Uwe	CDU
Dropmann, Hans	CDU
Haselmaier, Heike	CDU
Krantz, Stefan	CDU
Kühner, Daniel	CDU
Maurer, Lothar, Dr.	CDU
Schönherr, Sonja	CDU
Spiegel, Lucas	CDU
Winkes, Daniel	CDU
Klodt, Uwe	SPD
Koch, Gunther	SPD
König, Adolf José	SPD
Ober, Karl	SPD
Reffert, Monika	SPD
Schiffmann, Dieter, Dr.	SPD
Sielaff, Kirsten	SPD
Werle-Schneider, Gisela, Dr.	SPD
Bruder, Gerhard, Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Gauch, Anne	Die Grünen/Offene Liste
Goschinak, Günter	Die Grünen/Offene Liste
Hatzfeld-Baumann, Ute	Die Grünen/Offene Liste
Schulze, Rainer, Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Stauffer, Monika	Die Grünen/Offene Liste
Werner, Konstantin	Die Grünen/Offene Liste
Trapp, Hartmut	AfD
Wagner, Miroslawa	AfD
Wagner, Reiner	AfD
Weber, Beate	Parteilos
Mester, Tanja	FWG
Piana, Jesko	FWG
Sturm, Charis	FWG
Sturm, Rudi	FWG
Börstler, Thomas	FDP
Schwarzendahl, David	Die Linke

**ab TOP 5**

**(nicht stimmberechtigte)**

Knöppel, Bernd	Bürgermeister
Leidig, Bernd	Beigeordneter
Berg, Linda	Verwaltung
Charchard, Christian	
Denzer, Marika	Verwaltung
Kardaus, Jan	Verwaltung

Luckert, Andrea	Verwaltung
Münch, Matthias, Dr. med.	Stadtklinik Frankenthal
Ringelspacher, Annika	Verwaltung
Roth, Michael, Dr. med.	Stadtklinik Frankenthal
Waschbüsch, Peter	Verwaltung
Zobel, Ronald	Verwaltung

**(Abwesend bei Top ...)**

**Es fehlen entschuldigt:**

**(stimmberechtigte)**

Finke, Stephan	CDU
Schwarz, Doris	CDU
Svoboda, Martin	CDU
Höppner, Aylin	SPD
Gürtler, Arno	FDP
Wagner, Darleen	Die Linke

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr    Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Die Mitglieder des Stadtrates waren durch Einladung vom 24.09.2020 auf Donnerstag, den 01.10.2020 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 23 wurden in öffentlicher Sitzung behandelt.

Als Schriftführende wurden entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Stadtrates die Mitglieder Ute Hatzfeld-Baumann und Jesko Piana bestimmt.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

---

Oberbürgermeister Martin Hebich  
(Vorsitzender)

---

Peter Waschbüsch  
(Schriftführer)

---

Ute Hatzfeld-Baumann  
(Schriftführendes Ratsmitglied)

---

Jesko Piana  
(Schriftführendes Ratsmitglied)

## **Tagesordnung**

OB Hebich nimmt mit Zustimmung des Stadtrates die Vorlagen "XVII/1065 Nachwahl in den Ausschuss für Familie und Soziales" als TOP 1.1, "XVII/1060 Prüfung der Jahresabschlüsse 2011 bis 2017 durch externe Dritte" als TOP 1.2 und den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion "XVII/1056 Beteiligung von Bürgern und Anliegern zum Parkraumkonzept" als TOP 16.1 auf die Tagesordnung. Weiterhin wird beschlossen, dass die Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion "XVII/1055 Flüchtlinge aus Moria" (TOP 21) und der Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste Vorlage "XVII/1061 Sicherer Hafen für Flüchtlinge" (sollte als Tischvorlage auf die Tagesordnung genommen werden) in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verwiesen werden. Weiterhin wird OB Hebich unter dem Tagesordnungspunkt 15.1 über das Thema Starenweg berichten.

### **I. Öffentliche Sitzung**

Einwohnerfragestunde

Vorlagen der Verwaltung

1. Nachwahl in den Krankenhausausschuss  
Vorlage: XVII/1052
- 1.1. Nachwahl in den Ausschuss für Familie und Soziales  
Vorlage: XVII/1065
- 1.2. Prüfung der Jahresabschlüsse 2011 bis 2017 durch externe Dritte  
Vorlage: XVII/1060
2. Satzung der Stadt Frankenthal (Pfalz) über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege  
Vorlage: XVII/1027
3. Fortführung der Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal durch die Stadtklinik Frankenthal  
Vorlage: XVII/1000
4. Bewerbung um zwei Kassensitze und Gründung eines MVZ als Eigenbetrieb  
Vorlage: XVII/1037
5. Neubau Tagesklinik für Psychiatrie in Limburgerhof  
hier: Vorstellung Machbarkeitsstudie  
Vorlage: XVII/0840
6. Ermächtigung und Beauftragung zum weiteren Vorgehen Planung/Neubau einer Zentralküche an der Stadtklinik Frankenthal  
Vorlage: XVII/1040
7. Bebauungsplan "KiTa am Ostparkstadion" - Beschluss zur zweiten erneuten Offenlage  
Vorlage: XVII/0929
8. Geplantes Neubauprojekt von der ALDI SÜD Dienstleistungs-GmbH & Co. oHG mit angegliederter Kindertagesstätte in der Daniel-Bechtel-Straße  
Vorlage: XVII/0998

9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Flomersheim, Östlich des Siebenbauernwegs": Aufstellungsbeschluss gem. § 12 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs.1 BauGB  
Vorlage: XVII/0773
10. 21. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren zum Bebauungsplan "Flomersheim, Östlich des Siebenbauernwegs": Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: XVII/0774
11. Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Frankenthal (Pfalz) und der Verbandsgemeinde Lamsheim-Heßheim zur Entsorgung für das auf den Autobahnraststätten der A61 "Auf den Hirschen" und "Auf den Hahnen" anfallende Abwasser;  
hier: Beschluss  
Vorlage: XVII/0922
12. Anweisung zur Feststellung bzw. Billigung des Konzernabschlusses 2019 der CongressForum Frankenthal GmbH  
Vorlage: XVII/1032
13. Anweisung zur Feststellung bzw. Billigung des Jahresabschlusses 2019 der CongressForum Frankenthal GmbH und der Gewinnverwendung  
Vorlage: XVII/1033
14. Anweisung zur Entlastung der Geschäftsführung der CongressForum Frankenthal GmbH für das Geschäftsjahr 2019  
Vorlage: XVII/1034
15. Anweisung zur Entlastung des Aufsichtsrats der CongressForum Frankenthal GmbH für das Geschäftsjahr 2019  
Vorlage: XVII/1035

#### Mitteilungen und Berichte der Verwaltung

- 15.1. Mitteilung zur Buslinie 84 im Starenweg  
hier: mündlicher Bericht

#### Anträge der Fraktionen

16. Fahrradstation am Hauptbahnhof  
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste  
Vorlage: XVII/0986
- 16.1. Beteiligung von Bürgern und Anliegern zum Parkraumkonzept;  
hier: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion  
Vorlage: XVII/1056

#### Anfragen der Fraktionen

17. Coronahilfen für Vereine  
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion  
Vorlage: XVII/1048
18. Zugang zum Rathaus  
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion  
Vorlage: XVII/1051

19. Personalsituation in der Verwaltung  
hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion  
Vorlage: XVII/1050
20. Hausunterricht  
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion  
Vorlage: XVII/1054
21. Flüchtlinge aus Moria  
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion  
Vorlage: XVII/1055
22. Tempo 30 ADR  
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion  
Vorlage: XVII/1057
23. Stand der Baumpflanzaktion in Frankenthal  
hier: Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion  
Vorlage: XVII/1049



**XVII. Wahlperiode 2019 – 2024**

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

**Einwohnerfragestunde**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 83 / 61					

**Protokoll:**

Frau Susanne Müller stellt ihre beiden Einwohnerfragen zum Thema Hauptfriedhof an den Stadtrat.

Zur Frage 1 nimmt Bgm Knöppel wie folgt Stellung:

Der frühere Zaun wurde wohl zwischen 1995 - 1999 abgebaut. Die Zaunelemente wurden damals wohl auf dem Wirtschaftshof zwischengelagert. Wo sich diese Zaunelemente heute befinden ist nicht bekannt, sodass davon auszugehen ist, dass diese nicht nur entsorgt, sondern verschrottet wurden.

Zur Frage 2 nimmt OB Hebich wie folgt Stellung:

In der Johann-Casimir-Straße wurde mutwillig ein Zaunelement aus der Verankerung gerissen. Hierzu wurde Anzeige bei der Polizei erstattet. Das Zaunelement liegt seit diesem Zeitpunkt im inneren Grünbereich des Friedhofs, sodass sich kein Bürger daran verletzen kann. Ein Abtransport gestaltet sich aufgrund der Größe (Länge ca. 7m) und der Beschaffenheit (Gusseisen) als schwierig. Hier wird nach Möglichkeiten gesucht, um das Zaunelement zur Aufbewahrung abzutransportieren, ohne es in mehrere Stücke zerlegen zu müssen. Zurzeit konnte hierfür noch keine Möglichkeit eruiert werden. Bevor das Element wiedereingesetzt werden kann, muss eine Standsicherheitsuntersuchung der Mauer durchgeführt werden. Die Kosten hierfür betragen ca. 20.000 € und sind im Wirtschaftsplan 2021 eingeplant.

Anschließend stellt Frau Müller ihre drei Einwohnerfragen zum Themengebiet Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept für die Innenstadt.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Die Erarbeitung der vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB als Grundlage für die spätere Ausweisung eines Sanierungsgebietes sowie die Erarbeitung des „Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes“ als Grundlage für die spä-

tere Fördermittelbeantragung erfolgt derzeit durch die beim Fachbereich Planen und Bauen angesiedelte Stabsstelle Stadtentwicklung. Zuständig ist hier Herr Thorsten Seifert, der als Stadtplaner und ehemaliger Sanierungsberater über langjährige Berufserfahrung bezüglich der Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Städtebauförderungsmaßnahmen verfügt und schon zahlreiche Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte erarbeitet hat. Ein wesentlicher Bestandteil im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen ist eine sorgfältige Bestandsaufnahme und Analyse sowie Dokumentation der Bestandssituation. Aufgrund der Größe des Gebietes, der hohen baulichen Dichte und vielfältigen Nutzungen im Gebiet ergibt sich im Fall des hier untersuchten Bereiches der Innenstadt eine erhebliche Anzahl zu erhebender Daten, die systematisch und nachvollziehbar erhoben, aufbereitet und dokumentiert werden müssen. So wurden über 360 Datenblätter zu den einzelnen Gebäuden, 51 Datenblätter zu definierten Straßenabschnitten im Gebiet, Datenblätter zu 10 ausgewählten Blockinnenbereiche sowie bisher 34 Themenpläne erstellt bzw. befinden sich noch in der Bearbeitung. Diese Datenblätter enthalten wesentliche themenbezogene Angaben, die dann auch Eingang in die Themenpläne finden. Neben den sachlichen Angaben enthalten die Datenblätter i.d.R. alle einen Lageplan sowie Bestandsfotos der Gebäude, Straßenabschnitte und Blockinnenbereiche sowie z.T. auch Luftbildaufnahmen und Schrägluftbilder, um eine nachvollziehbare Beschreibung und Dokumentation der Bestandssituation zu ermöglichen. Allein diese Bestandsdokumentation umfasst über 600 DIN-A 4 Seiten und über 30 DIN A-0 Pläne. Die Erarbeitung ist daher entsprechend zeitintensiv, jedoch bereits weit vorangeschritten.

Zu Frage 2:

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung sind Teil der Bestandsaufnahme und Analyse und liefern Hinweise für Politik und Verwaltung. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung unterliegen ebenso wie die sonstigen Ergebnisse der Bestandsaufnahme und Analyse einer Abwägung und müssen jeweils im weiteren Verfahren auf ihre Umsetzbarkeit und Relevanz für das Städtebauförderungsprogramm „Lebendige Zentren“ überprüft werden. In der Präsentation zur Veranstaltung vom 03. März 2020 sind die wesentlichen Ergebnisse aus dem Bürgerbeteiligungsprozess enthalten. Diese steht auf der Homepage der Stadt zum Download bereit. Die Bestandserhebungen vor Ort bestätigen z.T. die im Bürgerbeteiligungsprozess benannten Aspekte und ermöglichen die Herleitung von Sanierungszielen, die im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms umgesetzt werden könnten. Andere Aspekte sind weniger für den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln geeignet, können aber eventuell anderweitig umgesetzt werden, beispielsweise im Rahmen des Citymanagements. Grundsätzlich dient der Bürgerbeteiligungsprozess auch dazu, die Bürgerinnen und Bürger auf das Thema städtebauliche Erneuerung aufmerksam zu machen.

Zu Frage 3:

Zunächst gilt es die umfangreiche Bestandsdokumentation abzuschließen und daraus optionale Stadterneuerungsziele abzuleiten und diese sowohl verwaltungsintern als auch mit den städtischen Gremien und den Landesbehörden (ADD und Innenministerium) im Entwurfsstadium abzustimmen. Eine erste Zwischenpräsentation der Ergebnisse in den Gremien soll Ende 2020 erfolgen. Auch ein Abstimmungstermin mit den Landesbehörden wird derzeit terminiert. Im Anschluss wird die textliche Ausarbeitung des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes sowie die Erstellung einer Maßnahmen-, Kosten- und Finanzierungsübersicht erfolgen, die ebenfalls wieder mit den Landesbehörden und den städtischen Gremien abzustimmen sind. Bevor die endgültige Version des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes beschlossen wird, werden die Ergebnisse den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt. Dies wird voraussichtlich im Frühjahr 2021 erfolgen.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

**Nachwahl in den Krankenhausausschuss**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>1</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> <b>101</b>					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Es wird als ordentliches Mitglied in den Krankenhausausschuss nachgewählt:

Herr Edmund Westermann anstelle von Herrn Dr. Hansjörg Bechtler.

**Protokoll:**

Das Stimmrecht von OB Hebich ruht gem. § 36 Absatz 3 Satz 2 Nr. 1 GemO.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

**Nachwahl in den Ausschuss für Familie und Soziales**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>1.1</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> <b>101</b>					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Es wird als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Familie und Soziales nachge-  
wählt:

Herr Vincent Brugger anstelle von Herrn Lukas Hudel.

**Protokoll:**

Das Stimmrecht von OB Hebich ruht gem. § 36 Absatz 3 Satz 2 Nr. 1 GemO.



Aktenzeichen: 20/Zo/Ri

Datum:

Hinweis:

**Prüfung der Jahresabschlüsse 2011 bis 2017 durch externe Dritte**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>1.2</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 der Stadt Frankenthal (Pfalz) wird extern an einen sachverständigen Dritten im Sinne des § 112 Abs. 5 GemO vergeben.

Hierfür sind unverzüglich drei Angebote einzuholen. Die erforderlichen Haushaltsmittel (voraussichtlich 15.000 € bis 20.000 €) stehen im Haushalt 2020 zur Verfügung.

2. Für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2012 bis 2017 der Stadt Frankenthal (Pfalz) als „Paket“ sind Angebote sachverständiger Dritter einzuholen. Die erforderlichen Haushaltsmittel für eine Auftragsvergabe sind im Haushaltsplan 2021 bereitzustellen.



Aktenzeichen: 51-11/Ch/Schl

Datum:

Hinweis:

**Satzung der Stadt Frankenthal (Pfalz) über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>2</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 51					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung der Stadt Frankenthal (Pfalz) über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege (TaPFS) wird beschlossen.

## **Protokoll:**

OB Hebich stellt die Vorlage ausführlich vor. Er nimmt folgende redaktionelle Änderungen zu Protokoll:

In der Anlage 3 der Satzung wird beim Betreuungsrahmen der Teilzeitbetreuung der Text erweitert in "Teilzeitbetreuung (bis zu weniger als 20 Std. pro Woche)".

In der Anlage 5 der Satzung wird im Kopf folgende Änderung vorgenommen:

"1 Kind (100 %)" wird geändert in "1-Kind-Familie (100 % pro Kind)",

"2 Kinder (75 %)" wird geändert in "2-Kinder-Familie (75 % pro Kind)",

"3 Kinder (50 %)" wird geändert in "3-Kinder-Familie (50 % pro Kind)".

RM Kühner bittet darum, auf der Homepage der Stadt in vereinfachter Form den Inhalt der Satzung zu veröffentlichen. Man sollte auf den ersten Blick erkennen können, welche Möglichkeiten es gibt und wer welchen Anspruch hat.

Abschließend wird die Vorlage mit den genannten redaktionellen Änderungen einstimmig beschlossen.



Aktenzeichen: 51-4/Bor 54-PS/Mü

Datum: Hinweis:

**Fortführung der Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal durch die Stadtklinik Frankenthal**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>3</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
<b>Abdruck an:</b> 51 / 54 / 20						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Der Übernahme der Sucht- und Drogenberatung in Frankenthal (Pfalz) für den Bereich der Stadt Frankenthal in den bisherigen Räumlichkeiten in der Bahnhofstraße 38 durch die Stadtklinik Frankenthal (Pfalz) ab dem 01.01.2021 wird zugestimmt.
2. Das Angebot gilt auch für den Versorgungsbereich des nördlichen Rhein-Pfalz.
3. Die Sucht- und Drogenberatung erfolgt nach dem in der Anlage beigefügten Konzept der Fachstelle Sucht der Stadtklinik.
4. Die Stadt erstattet der Stadtklinik den jährlich anfallenden, nicht anderweitig gedeckten Zuschussbetrag.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die für das Konzept notwendigen Stellen haushaltsrechtlich zu schaffen und unverzüglich zu besetzen.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt die erforderlichen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen mit der Stadtklinik und dem Rhein-Pfalz-Kreis auszuhandeln und abzuschließen.



Aktenzeichen: 10/B/Wa

Datum:

Hinweis:

**Bewerbung um zwei Kassensitze und Gründung eines MVZ als Eigenbetrieb**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>4</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 54 / 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, unter dem Dach eines noch zu gründenden Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) als Eigenbetrieb, sich um zwei Kassensitze für den Bereich Neurologie zu bewerben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen diesbezüglich zu führen und die hierfür notwendigen Voraussetzungen auszuloten.
3. Die Verwaltung unterrichtet die städtischen Gremien laufend über den Stand der Verhandlungen und Rahmenbedingungen.



Aktenzeichen: 54-PS/Mü/ag

Datum:

Hinweis:

**Neubau Tagesklinik für Psychiatrie in Limburgerhof  
hier: Vorstellung Machbarkeitsstudie**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>5</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 54 / 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Das in Anlage 01 beigefügte Raumprogramm (Stand 16.03.2018) wird beschlossen und die Verwaltung wird beauftragt, den Prozess zur Vorbereitung eines Förderantrages für die Maßnahme Tagesklinik Limburgerhof weiter zu verfolgen.
2. Die auf Grundlage der bisherigen Planung geschätzten Kosten für die Gesamtmaßnahme, Variante 3 (Machbarkeitsstudie) belaufen sich auf 3,36 Mio. € (Stand 30.04.2020). Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah die Kostenschätzung fortzuschreiben.
3. Die Vertiefung der Planung und Entwicklung der Entwurfsplanung (LP 3) für die Variante 3 aus der Machbarkeitsstudie (Anlage 02, Stand 2. Quartal 2020) für den Neubau der Tagesklinik wird genehmigt, wenn das Ministerium zur Erstellung der Haushaltsunterlage Bau auf Basis der Variante 3 auffordert.
4. Das Direktorium der Stadtklinik wird beauftragt, die Abrufe der Vertragsstufe 2, Entwurfs- und Genehmigungsplanung (LP 3 und 4), bei den Planern vorzunehmen, wenn das Ministerium zur Erstellung der Haushaltsunterlage Bau auf Basis der Variante 3 auffordert.
5. Die Verwaltung und das Direktorium der Stadtklinik werden beauftragt, einen Finanzierungsplan für die Baumaßnahme zu erstellen und die Finanzierung in Abstimmung mit dem Träger und den Aufsichtsbehörden sicherzustellen.



Aktenzeichen: 54/Mü/CC/ag

Datum:

Hinweis:

**Ermächtigung und Beauftragung zum weiteren Vorgehen Planung/Neubau einer Zentralküche an der Stadtklinik Frankenthal**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>6</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 54 / 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die folgenden Leistungen unter Beachtung der einschlägigen Beschaffungsrichtlinien zu beschaffen:

- Erstellung Raum- und Funktionsprogramm für die Zentralküche, Szenario 1
- Durchführung von VgV-Verfahren für die nachstehenden Planungsleistungen:
  - Objektplanung gemäß § 34 HOAI
  - TGA-Planung, Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8 (Planung für Heizung, Lüftung, Sanitär, Kältetechnik, Mess-, Steuer- und Regeltechnik) gemäß § 55 HOAI
  - TGA-Planung, Anlagengruppe 7 (Küchenplanung) gemäß § 55 HOAI
  - TGA-Planung, Anlagengruppen 4, 5 und 6 (Planung für Starkstrom, Fernmelde- und Informationstechnik sowie Fördertechnik) gemäß § 55 HOAI

und Beauftragung der jeweils Erstbietenden mit den Leistungen der Leistungsphasen 1 und 2

sowie die Einholung von Angeboten für Leistungen, deren Wert unterhalb des Schwellenwertes liegen:

- Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI
- Freianlagenplanung gemäß § 39 HOAI
- Projektsteuerungsleistungen gemäß § 2 AHO, Heft 9, Projektmanagement



Aktenzeichen: 612/JK

Datum:

Hinweis:

**Bebauungsplan "KiTa am Ostparkstadion" - Beschluss zur zweiten erneuten Offenlage**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>7</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans "KiTa am Ostparkstadion" von Februar 2020 entsprechend der in der Anlage 1 beigefügten Synopse niedergelegten Abwägungsvorschläge der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Der Bebauungsplan-Entwurf mit der Bezeichnung „KiTa am Ostparkstadion“ in der Fassung von August 2020, bestehend aus der Planzeichnung (zeichnerischer Teil Anlage 2) und den textlichen Festsetzungen (Anlage 3) wird beschlossen, die Begründung (Anlage 4) wird gebilligt.
3. Mit dem Bebauungsplan-Entwurf wird eine zweite erneute Beteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB durchgeführt. Dabei können gem. § 4a Abs. 3 Satz 2 die Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden. Die Offenlage wird gem. § 4a Abs. 3 Satz 3 BauGB auf die Dauer von 2 Wochen beschränkt.



Aktenzeichen: 51-1/Schl/51-4/Bor

Datum: Hinweis:

**Geplantes Neubauprojekt von der ALDI SÜD Dienstleistungs-GmbH & Co. oHG mit angegliederter Kindertagesstätte in der Daniel-Bechtel-Straße**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>8</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
<b>Abdruck an:</b> 51 / 61						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Stadt Frankenthal (Pfalz) befürwortet und unterstützt das geplante Neubauprojekt von ALDI SÜD in der Daniel-Bechtel-Straße im Hinblick auf die Angliederung einer Kindertagesstätte.
2. Die Stadt Frankenthal (Pfalz) schafft die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt die weiteren Verhandlungen zur Anmietung und Betrieb der Kindertagesstätte zu führen.



Aktenzeichen: 612/Ma

Datum:

Hinweis:

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Flomersheim, Östlich des Siebenbauernwegs": Aufstellungsbeschluss gem. § 12 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs.1 BauGB**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>9</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Dem Antrag von Anika und Max Brauer zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Flomersheim, Östlich des Siebenbauernwegs" (s. Anlage 1) wird zugestimmt und für das in der Anlage 2 zeichnerisch umgrenzte Gebiet die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 12 Baugesetzbuch (BauGB) eingeleitet.
2. Der räumliche Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Flomersheim die Flurstücke 688/2, 688/1 tlw. und 404 tlw. Die genaue Abgrenzung ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 2) zu entnehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt gemäß § 12 Abs. 1 BauGB mit den Vorhabenträgern, Anika und Max Brauer, einen Durchführungsvertrag zum Vorhaben- und Erschließungsplan abzuschließen.



Aktenzeichen: 612/Ma

Datum:

Hinweis:

**21. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren zum Bebauungsplan "Flomersheim, Östlich des Siebenbauernwegs": Aufstellungsbeschluss**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>10</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Dem Antrag von Anika und Max Brauer zur Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Flomersheim, Östlich des Siebenbauernwegs" wird zugestimmt. Für das in der Anlage 1 zeichnerisch umgrenzte Gebiet wird für den Flächennutzungsplan 1998 die 21. Änderung nach § 2 Abs. 1 BauGB eingeleitet.



Aktenzeichen: 83/KG

Datum:

Hinweis:

**Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Frankenthal (Pfalz) und der Verbandsgemeinde Lamsheim-Heßheim zur Entsorgung für das auf den Autobahnraststätten der A61 "Auf den Hirschen" und "Auf den Hahnen" anfallende Abwasser;  
hier: Beschluss**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>11</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input checked="" type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
Abdruck an: 83					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) schließt mit der Verbandsgemeinde Lamsheim-Heßheim eine Zweckvereinbarung nach § 12 Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) zur Übertragung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung nach § 57 Abs. 3 Landeswassergesetz (LWG) für das auf den Grundstücken Flst-Nr. 1390/2 und 1410/2 der Gemarkung Flomersheim, Autobahnraststätten der A61 „Auf den Hirschen“ und „Auf den Hahnen“, anfallende Abwasser.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

**Anweisung zur Feststellung bzw. Billigung des Konzernabschlusses 2019 der CongressForum Frankenthal GmbH**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>12</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
<b>Abdruck an: 84 / 20</b>						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Es wird folgende Anweisung an den Vertreter der Stadt Frankenthal (Pfalz) in der Gesellschafterversammlung der CongressForum Frankenthal GmbH erteilt:

Der Konzernabschluss 2019 und der Konzernlagebericht der CongressForum Frankenthal GmbH wird in der vorliegenden, von der Wibera AG geprüften Fassung gebilligt.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

**Anweisung zur Feststellung bzw. Billigung des Jahresabschlusses 2019 der CongressForum Frankenthal GmbH und der Gewinnverwendung**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>13</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an: 84 / 20</b>					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Es werden folgende Anweisungen an den Vertreter der Stadt Frankenthal (Pfalz) in der Gesellschafterversammlung der CongressForum Frankenthal GmbH erteilt:

1. Der Stadtrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2019 der CongressForum Frankenthal GmbH in der Fassung der geprüften Bilanz mit einer Bilanzsumme auf der Vermögens- und Schuldenseite von je 30.762.417,29 € und einem Jahresfehlbetrag von 337.519,17 € zu beschließen.
2. Der Stadtrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Jahresfehlbetrag 2019 durch die Entnahme aus der Gewinnrücklage in Höhe von 337.519,17 € auszugleichen.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

**Anweisung zur Entlastung der Geschäftsführung der CongressForum Frankenthal GmbH für das Geschäftsjahr 2019**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>14</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 84 / 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Es wird folgende Anweisung an den Vertreter der Stadt Frankenthal (Pfalz) in der Gesellschafterversammlung der CongressForum Frankenthal GmbH erteilt:

Der Geschäftsführung ist für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

**Anweisung zur Entlastung des Aufsichtsrats der CongressForum Frankenthal GmbH für das Geschäftsjahr 2019**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>15</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 84 / 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Es wird folgende Anweisung an den Vertreter der Stadt Frankenthal (Pfalz) in der Gesellschafterversammlung der CongressForum Frankenthal GmbH erteilt:

Dem Aufsichtsrat ist für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen.



**XVII. Wahlperiode 2019 – 2024**

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

**Mitteilung zur Buslinie 84 im Starenweg  
hier: mündlicher Bericht**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>15.1</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
Abdruck an: 61					

**Protokoll:**

OB Hebich teilt folgendes zur Buslinie 84 im Starenweg mit:  
 Es gibt aktuell heftige Kritik am neuen Buslinienverkehr der Linie 84, die über den Starenweg den Nachtweideweg abdeckt. Diese neue Linienführung beruht auf einem Beschluss des Stadtrates. Die Verwaltung ist in Diskussion mit den Personen, welche Klage geführt haben und hat festgestellt, dass dort viele weitere Problempunkte auftauchen und der Busverkehr das Fass bei den Anwohnern letztlich zum Überlaufen gebracht hat. Es fahren aktuell alle 20 Minuten in beide Richtungen Busse, also insgesamt sechs Busse pro Stunde. Es gibt auch Klagen darüber, dass der Starenweg als Abkürzung genutzt wird, dass teilweise Navigationssysteme den Schwerlastverkehr durch den Starenweg leiten, dass es durch die Ausweitung der Betriebszeiten auf dem Wirtschaftshof öfter zu Rückstaus bis in den Starenweg hinein kommt. Die Verwaltung ist in Bezug auf diese Probleme im Gespräch mit den Anwohnern. Zusätzlich gibt es Befürchtungen, dass zukünftig eine Richtung der Buslinie 84 über den Amselweg geführt werden soll. Es ist daher notwendig, im gesamten Stadtquartier zu prüfen, welche Problemlagen es gibt, wie diese zu bewerten sind und welche Lösungsmöglichkeiten mittel- und kurzfristig realisierbar sind. Es soll jetzt geprüft werden, in wie weit die Buslinie 84 auf ihrer ursprünglichen Route belassen werden kann und welche Auswirkungen damit verbunden sind. Dazu müssen alle Aspekte, auch die Vertragsslage bewertet werden. Dies muss in einem ersten Schritt mit den Transportunternehmen und dem VRN besprochen werden, auch wie der Linienverlauf in den Fahrplan integriert werden kann. Weiterhin müssten Schilder abgeändert und Haltestellen angeordnet werden. Abschließend müsste der Stadtrat die Entscheidung über die Änderungen treffen. Im Baustellenbetrieb hat es mehr Problemlagen gegeben als uns bekannt waren. Auch bei einer Zurückverlegung auf den alten Linienverlauf wird die Linie 464 in ihrem Verlauf bestehen bleiben.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

**Fahrradstation am Hauptbahnhof  
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>16</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 81					

Karlsruhe errang 2020 den deutschen Fahrradpreis. Dies wurde dadurch erreicht, dass man am Hbf aus einem Parkdeck eines Parkhauses eine Fahrradstation machte.

Angesichts der Fahrradabstellsituation an unserem Bahnhof und des wohl noch langen Zeitraums bis zur Errichtung eines Fahrradhauses bitte ich darum, zu prüfen, ob im Parkhaus am Bahnhof nicht etwas Ähnliches eingerichtet werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen  
G. Bruder

Anlage: Zeitungsartikel

## Protokoll:

RM Dr. Bruder erläutert den Antrag ausführlich.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Das Parkhaus am Bahnhof ist bis Mai 2027 von den Stadtwerken Frankenthal gepachtet. Die Nutzung ist auf ein Parken von Kraftfahrzeugen beschränkt. Mit dem vorletzten Eigentümer abgestimmt haben die Stadtwerke bereits einen kleinen Bereich mit einer Fahrradbox abgetrennt. Diese Box wird von der Stadt Frankenthal verwaltet. Dort ist es möglich, eine geringe Anzahl von Fahrrädern zu parken. Hierfür wird ein Schlüssel an die Nutzer von der Stadtverwaltung herausgegeben. Bei einer größeren Umnutzung spielen neben der vertraglichen Umsetzung mit dem jetzigen Eigentümer auch bautechnische Voraussetzungen eine Rolle. Die wenigen Fahrräder, die derzeit im Parkhaus abgestellt werden, werden über den Ein- bzw. Ausgang geschoben. Eine Ein- und Ausfahrt über die Schrankenanlage wäre nicht umsetzbar. Massive Umbauten müssten vorgenommen werden. Aufgrund der „schmalen“ Ausführung der Parkhalbetagen steht pro Stockwerk maximal nur eine Tiefe eines Parkplatzes zur Verfügung. Dieser Raum müsste noch von der Fahrspur abgetrennt werden, was sicherlich nicht zu einer optimalen Nutzung führt. Da ein Fahrradabstellplatz nur im Erdgeschoss vorstellbar ist, sonst müssten die Fahrräder über die Rampe geschoben oder gefahren werden, was ein erhebliches Risiko darstellt und auch nicht zulässig wäre, stehen dort nur 2 schmale Korridore im Erdgeschoss zur Verfügung. Im Parkhaus besteht eine Einbahnregelung. Wenn vermehrt Fahrräder im Erdgeschoß hin und her fahren, erhöht dies sicherlich das Unfallgeschehen. Die Auslastung des Parkhauses hat sich zwar durch umfangreiche Maßnahmen verbessert, eine Vollauslastung ist aber derzeit nicht annähernd gegeben, so dass aus diesem Blickwinkel lediglich ein Qualitätsproblem entstehen würde. Die meisten Kunden möchten gerne im Erdgeschoß parken. Eine vertragliche Nutzungsvereinbarung zwischen den Stadtwerken Frankenthal und der Stadt Frankenthal mit einer Pacht und einem angemessenen Ausgleich für Baumaßnahmen müsste zusätzlich zu der Vereinbarung mit dem Verpächter der Stadtwerke Frankenthal vereinbart werden. Problematisch ist auch, dass Fördergelder beim Bau des Parkhauses eingesetzt wurden. Es ist zu prüfen, ob diese bei einer Nutzungsänderung zurückzuzahlen wären. Falls das Thema politisch weiter verfolgt werden soll, würden sich die Stadtwerke mit der Stadt Frankenthal als auch mit dem Verpächter des Parkhauses in Verbindung setzen, um neben der generellen bautechnischen Umsetzbarkeit die Investitionen wie auch die laufenden Kosten für alle Beteiligten zu prüfen.

RM Dr. Bruder bittet darum, dieses Thema beim Verwaltungsrat der Stadtwerke anzusprechen.

OB Hebich sichert dies zu.



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

**Beteiligung von Bürgern und Anliegern zum Parkraumkonzept;  
hier: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>16.1</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 32					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir fordern die Beteiligung von Anwohnern, Geschäftsleuten und weiteren Anliegern vor der Bekanntgabe des Entwurfs zum Parkraumkonzept.

**Begründung:**

Dem Stadtrat wurde die Vorlage eines Parkraumkonzeptes zum Jahresende in Aussicht gestellt.

Es ist davon auszugehen, dass durch eine neue Schwerpunktsetzung im Parkverkehr große Änderungen anstehen.

Aus unserer Sicht ist es von daher unabdingbar, die betroffenen Anwohner und vor allem in der Innenstadt auch die Gewerbetreibenden und andere Anlieger zu beteiligen.

Das Parkraumkonzept wird in der Bürgerschaft und Geschäftswelt nur Akzeptanz finden, wenn Anregungen und Vorschläge ernst genommen und in das Projekt miteinfließen.

Ein durchdachtes Parkraumkonzept ist ein wichtiger Baustein für die Zukunft einer belebte Innenstadt.

Wir erachten es für wichtig, die Bürger und Anlieger vor der Präsentation des Konzeptes durch die Stadtverwaltung einzubinden, damit der Prozess ergebnisoffen gestaltet werden kann.

Für die CDU-Fraktion

Gabriele Bindert

## **Protokoll:**

RM Bindert erläutert den Antrag ausführlich.

Bgm Knöppel nimmt wie folgt Stellung.

Die Verwaltung hat eine Beteiligung der Bürger nach Bekanntgabe des Konzepts vorgesehen. Sofern der Stadtrat dies möchte, ist eine frühere Beteiligung möglich. Er macht folgenden Vorschlag:

1. In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses im November 2020 wird ein Konzept für die Bürgerbeteiligung vorgelegt und vorgestellt.
2. Die Verwaltung bezieht neben den Anwohnern und Geschäftsleuten zusätzlich die Beschäftigten in der Innenstadt mit ein.

Die Stadtratsfraktionen zeigen sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden.



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

**Coronahilfen für Vereine  
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>17</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an: 41 / 20</b>					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

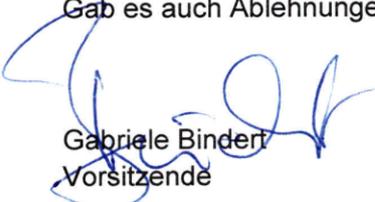
zu Beginn der Corona-Krise hat der Stadtrat einstimmig ein Programm zur Unterstützung

von Vereinen in Frankenthal beschlossen.

Welche Vereine haben sich hierzu beworben?

Welche Zahlungen wurden an die jeweiligen Vereine geleistet?

Gab es auch Ablehnungen von Anträgen? Falls ja, aus welchen Gründen?

  
Gabriele Bindert  
Vorsitzende

## **Protokoll:**

RM M. Baqué erläutert den Antrag ausführlich.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Es sind insgesamt 18 Anträge eingegangen. Ausgezahlt wurden 29.447,90 €. Ein Verein hat einen fristgerechten Antrag gestellt, geforderte Unterlagen allerdings bis zum 25.09.2020 nicht nachgereicht. Ein Verein hat den Antrag nicht fristgerecht bis zum 30.06.2020 eingereicht und ist somit nicht berücksichtigt worden. Es sind noch 10.552.10 € im Fördertopf und die Verwaltung erwägt eine Verlängerung des Förderprogramms.



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

**Zugang zum Rathaus  
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>18</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an: 105 / 20</b>					

Wir bitten um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie ist momentan die Erreichbarkeit des Bürgerservice und der weiteren städtischen Einrichtungen gewährleistet?
- Welche Möglichkeiten der Terminvereinbarung gibt es und wie werden diese der Allgemeinheit bekannt gemacht?
- Musste zusätzliches Personal eingestellt werden, um die Zugangsbeschränkungen umzusetzen?
- Ist zeitnah vorgesehen, die gelben Säcke wieder im Rathaus auszulegen?

**Begründung:**

Viele Bürger sind von den geänderten Zugangsbestimmungen direkt betroffen. Selbstverständlich müssen die Hygienemaßnahmen im Hinblick auf die andauernde Covid 19 Pandemie weiterhin eingehalten werden. Gleichzeitig muss aber der normale Betrieb so gut es geht ebenfalls weiterlaufen.

Wir bitten die Verwaltung durch Beantwortung der o.g. Fragen zu berichten, wie sie diesen Spagat derzeit bewältigt.

Soweit dies derzeit nicht möglich ist, bitten wir schnellstmöglich eine innenstadtnahe Abholmöglichkeit für die gelben Säcke zu schaffen.

**Gabriele Bindert**  
Vorsitzende

## Protokoll:

RM Winkes erläutert die Anfrage ausführlich.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Zu 1.:

Der Bürgerservice ist zu den gewohnten Öffnungszeiten erreichbar, allerdings nur mit Terminvereinbarung. Der Zugang erfolgt über den Seiteneingang im Glaspavillon der Willy-Brandt-Anlage mit Termin-Klingel. Die Bürger werden dort von einem Mitarbeiter des Bürgerservice abgeholt. Die sonstigen Bereiche der Verwaltung hinterlegen Besucherlisten bei der Security, die den Zugang zu den Verwaltungsgebäuden kontrolliert.

Zu 2.:

Eine Online-Terminvereinbarung für Bürgerservice, Straßenverkehrsabteilung und Standesamt ist unter <https://termine-reservieren.de/termine/frankenthal/> möglich. Ein Hinweis befindet sich auf der Startseite der städtischen Homepage, an den Eingangstüren des Rathauses ist ein Hinweis ausgehängt und die Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ hat am 15.08.2020 ausführlich berichtet. Eine Terminvereinbarung ist desweiteren telefonisch möglich, allerdings können aufgrund des zeitgleichen Bedienungsvorgangs von Publikum (i.d.R. sind alle Schalter zeitgleich besetzt) nicht immer alle Telefonate sofort entgegengenommen werden. In den Stoßzeiten vormittags zwischen 10:00 und 12:00 Uhr gehen auf der Durchwahl -666 des Bürgerservice im Schnitt pro Minute 10 Anrufe ein. Dass mit dem vorhandenen Personal nicht alle sechs Sekunden ein neuer Anruf entgegengenommen und umfänglich beauskunftet werden kann, liegt auf der Hand. Abhilfe soll hier in naher Zukunft die bereits beauftragte Service-Center-Software schaffen, die Bürgeranliegen vorsortiert und kanalisiert.

Zu 3.:

Zusätzliches Personal wurde nicht eingestellt; die Eingangskontrolle erfolgt über ein Security-Unternehmen.

Zu 4.:

Für ältere und gehbehinderte Menschen werden sowohl im Bürgerservice, als auch bei der Security am Seiteneingang des Rathauses für den Einzelfall gelbe Säcke auf Nachfrage vorgehalten. Der EWF prüft derzeit weitere Ausgabemöglichkeiten.



Aktenzeichen: SPD

Datum:

Hinweis:

**Personalsituation in der Verwaltung  
hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	<b>19</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 104 / 20					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in den letzten Haushaltsberatungen im Dezember letzten Jahres und bei Betrachtung des Stellenplanes wurde festgestellt, dass eine hohe Anzahl von Stellen (im dreistelligen Bereich) noch nicht besetzt bzw. kurz nach der Besetzung erneut vakant wurden.

Wir fragen daher die Verwaltung:

- 1.) Wie viele Stellen sind derzeit in der Stadtverwaltung vakant?
- 2.) In welchen Abteilungen sind die vakanten Stellen insbesondere zu finden?
- 3.) Welche Anstrengungen werden seitens der Verwaltung unternommen, um diese Stellen schnellstmöglich zu besetzen?
- 4.) In welchen Abteilungen sind in den letzten 5 Jahren die höchsten Fluktuationen zu verzeichnen?
- 5.) Gibt es hierfür eine Erklärung und was wird unternommen um gegenzusteuern?

Begründung:

Um die vielfältigen Aufgaben einer Verwaltung zu erfüllen, insbesondere die aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit Corona bedarf es eines stabilen Personalkörpers.

Mit freundlichen Grüßen

Aylin Höppner  
Vorsitzende

## **Protokoll:**

RM Koch erläutert die Anfrage ausführlich.

Frau Luckert, Abteilungsleiterin der Personalabteilung beantwortet die Anfrage anhand der dem Protokoll beigefügten Powerpoint-Präsentation.

RM Koch bittet um Ergänzung der prozentuellen Zahlen der vakanten Stellen zu den Gesamtstellen. Anschließend soll das überarbeitete Dokument zur Verfügung gestellt werden.



Aktenzeichen: AfD

Datum:

Hinweis:

**Hausunterricht  
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>20</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an: 40</b>					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,  
ich hatte kürzlich die Gelegenheit, mit einem Schüler der Abiturklasse aus einem Speyerer Gymnasium über den Hausunterricht zu reden.  
Auf meine Frage, wie es denn mit dem Hausunterricht so gehe/ging, kam eine Antwort, die mir zu denken gab.  
Nachstehend die Antworten:  
Zunächst hat es Spaß gemacht. Nach ca. zwei Wochen wurde es Streß.  
Jeder Lehrer hatte mit einem anderen Programm gearbeitet.  
Er hat sich insgesamt vier solcher Programme auf seinem Tablet installieren müssen. Es gab aber auch noch Lehrer, die per E-Mail die Aufgaben stellten.  
Er mußte also täglich die Programme plus Mail nach Aufgaben durchsuchen.  
Scheinbar gab es auch keine festen Zeiten für die Aufgaben.

- Wie ist die Situation an den Frankenthaler Schulen?  
Wird nur mit einem oder mit mehreren Programmen gearbeitet?
- Wer ist für die Koordination zuständig?
- Wie sind die Lehrer ausgebildet?

Mit den besten Grüßen  
im Namen der AfD - Fraktion  
Hartmut Trapp  
Ratsmitglied der Stadt Frankenthal  
Kreis- und Fraktionsvorsitzender



## **Protokoll:**

RM Trapp erläutert die Anfrage ausführlich.

Bgo Leidig nimmt wie folgt Stellung:

Zu 1.:

In den ersten Wochen der Schulschließung war die Situation ähnlich der in der Anfrage beschriebenen. Dies war der Tatsache geschuldet, dass praktisch von heute auf morgen auf Fernunterricht umgeschaltet werden musste und sowohl Lehrkräfte, als auch Schülerinnen und Schüler eine Lösung für sich finden mussten, die sofort umsetzbar war. Mittlerweile verwenden die weiterführenden Schulen innerhalb ihrer Schulgemeinschaft ein einheitliches System. Daneben wird aber nach wie vor oft auch noch mittels Email kommuniziert.

Zu 2.:

Die jeweiligen Schulgemeinschaften haben schulinterne Ansprechpartner für verschiedene Aspekte im Zusammenhang mit Fernunterricht benannt, die das gesamte Lehrerkollegium, insbesondere die Klassenleitungen und auch die Schülerschaft beim digitalen Unterrichten und auch Lernen unterstützen.

Zu 3.:

Die Lehrkräfte sind pädagogisch und fachdidaktisch durch Ihr Studium, das sich anschließende Referendariat und natürlich durch eine kontinuierliche Weiterbildung aus- und fortgebildet. Darüber hinaus bietet das Pädagogische Landesinstitut Fortbildungen an, die von vielen Lehrkräften rege besucht werden. Schulinterne Schulungen zu dem von den Schulgemeinschaften einheitlich verwendeten Kommunikationssystemen wurden ebenfalls durchgeführt.



Aktenzeichen: AfD

Datum:

Hinweis:

**Flüchtlinge aus Moria  
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	<b>21</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an: 31 / 51</b>					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,  
angeblich haben Sie, lt. Rhein Pfalz, sich bereit erklärt, Flüchtlinge aus dem abgebrannten Lager in Moria aufzunehmen.

Wie den Medien zu entnehmen ist, bitten die griechischen Sicherheitsbehörden darum, keine Personen aus diesem Lager aufzunehmen.

Grund: Die griechischen Behörden haben Angst, das Beispiel könnte bei Erfolg Schule machen und weitere Lager würden brennen, was auf der Insel Samos bereits der Fall ist.

Auch wir, die AfD finden, daß in den Flüchtlingslagern unhaltbare Zustände herrschen und dringend Abhilfe geschaffen werden muß.

Wenn es stimmt, daß Sie bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen, hier einige Fragen.

- An wieviel Personen haben Sie gedacht?
- An welchen Personenkreis haben Sie gedacht? Sie wissen, daß deutsche Behörden keinen Einfluß darauf haben, wenn anstelle kranker Frauen und Kinder fast immer gesunde junge Männer eintreffen.
- Gibt es für die angedachten Personen ausreichend Wohnraum, der ansonsten nicht benötigt wird?
- Ist die Finanzierung gesichert; wenn ja, wer kommt für die Kosten auf? Ursprünglich war geplant, 150 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Hier ein paar Infos zu den Kosten und wer sie trägt.

Um 150 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge zu finanzieren, braucht es die kompletten Lohnsteuereinnahmen von jeweils:

1 650 Durchschnittsverdienern  
2250 Feuerwehrmännern  
2550 Erzieherinnen  
2850 Krankenschwestern

Mit besten Grüßen für die AfD-Fraktion

Hartmut Trapp  
Ratsmitglied der Stadt Frankenthal  
Kreis- und Fraktionsvorsitzender



## **Protokoll:**

OB Hebich verweist die Anfrage mit Zustimmung der anfragenden Stadtratsfraktion in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.



Aktenzeichen: AfD

Datum:

Hinweis:

**Tempo 30 ADR**  
**hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>22</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 32					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,  
 seit einiger Zeit beklagen Anwohner des ADR die zunehmende „Raserei“ auf dem ADR. Besonders in den Abendstunden und auch nach 22 Uhr ist die Lärmbelästigung sehr hoch. Gerade in der jüngsten Vergangenheit haben viele Anwohner die Fenster geschlossen gehalten, da sie den Lärm für unerträglich hielten und sich gesagt haben, lieber schwitzen, als den ungefilterten Lärm zu ertragen.

- Gibt es eine Möglichkeit, eine Überwachung der Geschwindigkeit im ADR für eine gewissen Zeit zu installieren?
- Diese Anlage müßte jedoch von Zeit zu Zeit umgesetzt werden.
- Sollte dies nicht möglich sein, dann sollten doch von Zeit zu Zeit an unterschiedlichen Position Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.
- Wir denken, das wäre ein Zeichen, daß die Stadt die Anliegen der Bewohner im Blick hat und würde unter anderem einiges Geld in die Stadtkasse spülen.

Mit den besten Grüßen  
 im Namen der AfD - Fraktion

Hartmut Trapp  
 Ratsmitglied der Stadt Frankenthal  
 Kreis- und Fraktionsvorsitzender



Kreisverband  
 Frankenthal

## **Protokoll:**

RM Trapp erläutert die Anfrage ausführlich.

Bgm Knöppel nimmt wie folgt Stellung:

Die Überwachung des fließenden Verkehrs ist Aufgabe der Polizei. Die Verwaltung ist nicht ermächtigt, den fließenden Verkehr zu überwachen und Verwarnungen oder Bußgelder auszusprechen. Die Verwaltung verfügt über 2 mobile Geschwindigkeitsmessgeräte, mit denen die gefahrenen Geschwindigkeiten in einzelnen Straßenabschnitten und das damit verbunden Verkehrsaufkommen erfasst werden können. Der Albrecht-Dürer-Ring ist mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/ h beschildert. Die Geschwindigkeitsmessungen ergaben in der Vergangenheit eine Geschwindigkeit von

August 2016 V85 = 40 km/h in Höhe des Anwesens ADR 40

Januar 2018 V85 = 34 km/h in Höhe des Anwesens ADR 34 e

Januar 2019 V85 = 44 km/h in Höhe des Anwesens ADR 44.

Dies bedeutet, dass von 85% der gemessenen Fahrzeuge diese Geschwindigkeiten nicht überschritten haben.

Eine Unfallauswertung der Polizei im September 2019 ergab, dass im ADR von Januar bis September 2019 2 Unfälle wegen nicht angepasster Geschwindigkeit registriert wurden. Die Verwaltung wird die Anregung, im ADR entsprechende Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen an die Polizei weitergeben.



Aktenzeichen: FDP

Datum:

Hinweis:

**Stand der Baumpflanzaktion in Frankenthal  
hier: Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>01.10.2020</b>	Top <b>23</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an: 61</b>					

In der Stadtratssitzung vom 28.08.2019 wurde beschlossen im Gemarkungsgebiet 500 zusätzliche Bäume zu pflanzen und damit einen ersten symbolischen, aber wichtigen und aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

- Wie ist hier der Stand? Wurde schon mit der Pflanzaktion begonnen?
- Falls nein, wann werden die Arbeiten starten?

Thomas Börstler  
FDP-Fraktionsvorsitzender

## Protokoll:

RM Böstler erläutert die Anfrage ausführlich.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Bereits in der Stadtratssitzung vom 28.08.2019 wurde seitens der Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass für die Neuanpflanzung von 500 Bäumen auf Gemarkungsgebiet aktuell keine Flächen zur Verfügung stehen. Innerhalb des im Zusammenhang bebauten Stadtgebietes gibt es selbst bei dem in Umsetzung befindlichen Nachpflanzungskonzept Probleme bei der Suche nach geeigneten Nachpflanzungs- und Ersatzpflanzungsstandorten, die nicht im Konflikt zu anderen Vorgaben oder Erfordernissen stehen - wie z.B. Freihaltung von Schutzstreifen unterirdischer Leitungen. Außerhalb des im Zusammenhang bebauten Stadtgebietes ist die Konkurrenz zu anderen, bislang vorrangigen, Nutzungen auf Gemarkungsgebiet zu groß, als dass eine Anzahl von 500 Bäumen mit einem Flächenbedarf von etwa 50.000 m<sup>2</sup> neu angepflanzt werden könnte. Im noch gültigen Flächennutzungsplan von 1998 sind für eine derartige Nutzung keine ausreichenden Flächen vorgesehen, wie von der Verwaltung im Rahmen der Standortsuche für das Projekt des sogenannten Storchenswalds der Fridays for Future Bewegung dargelegt. Auf Ortsteilgemarkung liegende Flächen stehen zudem meist in Widerspruch zu den Wünschen der betreffenden Ortschaften. Hierzu werden insbesondere für Gemarkung Mörsch weitere Gespräche geführt. Auf Dauer geeignete Standorte zur Sitzung des Stadtrates am 28.08.2019 einstimmig beschlossenen Neuanpflanzung von 500 Bäumen können erst im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan fachgerecht gesucht, untersucht und anschließend in Abwägung aller anderen Belange (Landwirtschaft, Freiluftschneisen, Freileitungstrassen, Natur- und Artenschutz, Wohn- und Gewerbeflächenbedarfe, Naherholung, Renaturierung etc.) festgelegt werden. Als ein Teil dieses Neuaufstellungsverfahrens FNP 2035 wird gemeinsam mit dem Stadtrat eine Festlegung geeigneter Flächen zur Neuanpflanzung der 500 Bäume erfolgen. Vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel kann mit der Neupflanzung begonnen werden, sobald diese Flächen festgelegt und anschließend planungsrechtlich gesichert wurden. Der genaue Zeitpunkt dieser Flächenfestlegung und Sicherung hängt vom Gesamtverfahren des FNP ab und kann zum jetzigen Zeitpunkt des Verfahrens noch nicht benannt werden. Die haushaltsrelevanten Kosten für die Anpflanzung und Anwachspflege von Forstware über einen Zeitraum von 5 Jahren belaufen sich für die 500 Bäume auf knapp 535.000 Euro.